



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Diätenfrage im Reichstage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Eine seit Decennien von den Deutschen unterdrückte und mißhandelte Nationalität rafft sich zu einer Sturmpetition an den Kaiser auf um Lostrennung von Tirol, Bildung eines selbständigen Kronlandes, Gewährung eines eigenen Landtages. Wie wird das loyale Volk des alten Fürstenthums jubeln, wenn der ehemals so gefürchtete und gescheute Polizeichef ihm nun mit einem Mal als der Messias der neuen Freiheit erscheint und seinen Herzenswunsch beim Kaiser vertritt! Das Heil, das den unbeugsamen Männern von Wälschtirol in Aussicht steht, kann auch anderen von den deutschen Barbaren vorgewaltigten Nationalitäten gewährt werden; nicht nur die Slaven in Steiermark und Kärnten dürfen auf festem Anschluß an ihre Brüder in Krain bestehen, auch alle sonstigen nichtdeutschen Stämme gehen der Ausbildung ihrer Eigenart und nationalen Selbständigkeit entgegen, nur den Deutschen in Böhmen, Mähren und Polen dürften altes Herkommen und verbrieftete Rechte ähnliche Vortheile kaum gestatten. Und wenn dann der ganze Großstaat — Ungarn nicht ausgenommen — in seinen ursprünglichen Elementen aufblüht, kann ihm das Zwangshemd eines Februar- oder December-Reichsraths nimmer passen; er hat sich überlebt, und es bleibt für die durch die nationale, feudale und clericale Autonomie beglückten Völker kein anderes Band der Einheit mehr, als etwa eine Delegation zur Bewilligung von Steuern und Rekruten und die Personalunion im Sinne der pragmatischen Sanction. Die schöne Gebirgslandschaft von Tirol scheint seit der Gewährung eines eigenen Landwehrgesetzes ganz besonders dazu bestimmt, den übrigen für eine bescheidene Sonderstellung noch weniger begeisterten Kronländern den Spiegel seines Glückes vorzuhalten. Hat sich nur vorerst in diesem kleineren Theile der Monarchie das Ideal des Grafen Hohenwart verwirklicht, so werden die anderen bisher von Parteien und Nationalitäten zerrissenen Provinzen mit Begierde nach dem gleichen „inneren Frieden“ langen; tragen ihnen alsdann doch die Enkel Hofers, wie einst ihre Väter im Jahre 1809, das Banner der Freiheit voran. Ob auch die Deutschen in Oestreich jubelnd dahinter herziehen, steht freilich noch einigermaßen in Frage; als unzweifelhaft darf vielmehr gelten, daß dies der kürzeste Weg ist — zum Ende.

Die Diätenfrage im Reichstage.

Herr Schulze-Delitzsch konnte nicht unterlassen, die Erneuerung des Antrags auf Diäten für die Reichstagsmitglieder sogleich in der ersten Reichs-

tagsession einzubringen. Die Fortschrittspartei hatte im Norddeutschen Reichstag erklärt, mit einem solchen Antrag in jeder Session hervortreten zu wollen und die Fortschrittspartei bestand aus Leuten, welchen es niemals auf die richtige Benutzung einer gegebenen Lage, sondern auf die von den Weltzuständen unabhängige Geltendmachung seligmachender Dogmen ankommt, gerade wie der römischen Curie. Sonst hätten sich wohl Gründe genug bemerken lassen, welche die Vorbringung des Antrags in der ersten Reichstags-session widerriethen. Sehr wahr hatte der Abgeordnete Lasker bei der Verhandlung über die Redaction der Verfassungsverträge in ein einheitliches Gesetz bemerkt, daß jede Entwicklung der Ruhepunkte bedürfe, um die erlangten Ergebnisse periodisch sich befestigen zu lassen. Ohne dies gibt es keine Entwicklung, sondern den leeren Schein einer Bewegung. Nun bedarf gewiß diese mühsam vereinbarte, durch so seltene Ereignisse möglich gewordene Reichs-verfassung eines solchen Ruhepunktes. Es ist dringend nöthig, daß diese mannichfaltigen, bis vor Kurzem einander so widerstrebenden Elemente des deutschen Staatslebens, welche die Reichsverfassung zum einheitlichen Arbeiten beruft, sich an den Boden, auf dem sie zusammenwirken sollen, gewöhnen; es ist nöthig, daß sie diesen Boden als einen festen betrachten lernen, der nicht des ersten besten Tages unter den Füßen schwindet. Wie soll aber diese Gewohnheit, dieser Glaube und diese Achtung des Grundgesetzes sich einbürgern, wenn das Gesetz an demselben Tage, wo es verkündet worden, wieder in Frage gestellt wird? Die klugen Herren von der Fortschrittspartei halten die Bestimmung von Diäten für eine einfache Zugabe, die sozusagen eine Verbesserung, aber keine Aenderung ist. Ob aber die Einführung von Diäten nicht den Reichstag, also das wichtigste Verfassungsorgan neben dem Bundesrath, wesentlich ändert, ist mindestens sehr zweifelhaft. Die verbündeten Regierungen handeln nur nach den Regeln der Vorsicht, wenn sie die Einführung von Diäten für eine folgenreiche Maßregel erachten, für eine Maßregel, die bedeutende Folgen mindestens haben kann. Sollte also die Einführung der Diäten ernstlich in Betracht gezogen werden, so müßte auch die Modalität des allgemeinen Stimmrechtes aufs Neue geprüft werden. Man müßte untersuchen, ob sich nicht offene Stimmabgabe und indirecte Wahl empfiehlt, desgleichen Ausschließung der Beamten vom passiven Wahlrecht und vielleicht noch manches Andere. Es ist doch sehr naiv, wenn Herr Schulze-Delitzsch glaubt, nur er und seine Anhänger, oder auch die Majorität des Reichstages können die Verfassung in Frage stellen, der Bundesrath aber dürfe dies nicht. Herr Schulze-Delitzsch irrt, wenn er glaubt, die Zweifel an der Wohlthätigkeit des allgemeinen Stimmrechtes und seiner jetzigen Modalität seien bereits allerwärts überwunden. Die Zahl der Zweifler scheint uns eher zu- als abzunehmen. Auffällig ist jedenfalls der geringe Procentsatz, in

welchem die Wahlberechtigten sich jetzt schon an der Wahl betheiligen. Noch auffälliger ist die Beschaffenheit der zurückbleibenden Elemente. Ein Studium der Wählerliste Berlins, eine Aufzählung derer, welche überhaupt gestimmt haben, würde zeigen, daß von Allem, was den Stolz Berlins ausmacht, von der Künstler-, Gelehrten-, Schriftsteller- und Beamtenwelt ein außerordentlich großer Theil den letzten Wahlen fern geblieben ist. Dies Alles sei nicht in der Absicht gesagt, um der Befestigung des geltenden Wahlsystems das Wort zu reden. Jedes Wahlssystem hat seine eigenthümlichen Uebelstände. Aber man lerne endlich einmal, anstatt ewig die Institutionen zu reformiren, die Nation zum Gebrauch der Institutionen anleiten.

Herr Schulze-Delitzsch hat indeß für seinen Antrag die Majorität des Reichstages gewonnen, und das ist sehr unerfreulich. Unerfreulich, weil es die Einleitung zu einem Conflict der beiden großen Reichsorgane werden kann. Für's Erste handelt es sich allerdings nicht um einen Rechts-, sondern um einen moralischen Conflict. Aber aus den moralischen entspringen die Rechtsconflicte. Wenn der Reichstag in einer Frage ewig Ja, der Bundesrath ewig Nein sagt, so wird das Nein freilich durch die Verfassung gedeckt, aber der angreifende Theil gelangt in einem solchen Falle allemal mit Nothwendigkeit dahin, die Verfassung selbst anzugreifen. Das richtige Verhältniß zwischen gleichberechtigten Staatsorganen ist, daß in jedem derselben die Initiative mit Rücksicht auf die zu erwartende Aufnahme des anderen Organes gehandhabt wird. Das mit dem Bollgewicht der Ueberzeugung ausgesprochene Veto des einen Verfassungsfactors muß die moralische Wirkung haben, eine Angelegenheit auf so lange zu vertagen, bis neue Gründe von unleugbarem Gewicht für dieselbe angeführt werden können. Wenn jeder Factor sich auf das formell ihm zustehende Recht stützt, dieselbe Maßregel alle Tage wieder anzuregen, so wird eben der Verfassungs-Conflict, wie Fürst Bismarck einmal sagte, zur permanenten National-Institution. Es scheint, der echte Fortschrittsmann vom alten Schlag, wie Herr Schulze-Delitzsch, kann sich das Verfassungsleben nicht anders denken.

Wenn der Schulzesche Antrag in erster und zweiter Berathung mit 185 gegen 138, mit einer Majorität von 47 Stimmen angenommen worden ist, so darf man nicht vergessen, daß die grundsätzlichen Feinde des Reiches deutscher Nation in dieser Majorität gestimmt haben, aus dem richtigen Instincte, daß der Sieg des Antrags dem Reich zum Schaden gereichen werde. Indes haben auch viele aufrichtige Freunde des Reiches in der Majorität gestimmt. Diese sind namentlich unter den süddeutschen Mitgliedern zu suchen. In Süddeutschland sind die Vorstellungen des französischen Liberalismus, welcher der Vater der Abgeordnetendiäten ist — in England kennt man diese Einrichtung nicht — im Ganzen weniger überwunden, als in Norddeutschland. Um so erfreulicher ist, daß unter der Minorität, welche gegen den Schulzeschen Antrag stimmte, die besten Namen des Liberalismus aus Norddeutschland und Süddeutschland schon jetzt zu finden sind: Gneist, Treitschke, Bennigsen, Prince-Smith, Dove, Graf Dohna Augsburg, Römer, Roggenbach, Kochau, Fischer (Augsburg) u. s. w.

Betrachtet man die Gründe, welche für die Einführung der Diäten vorgebracht wurden, so ist kein einziger darunter, der nicht zehnmal widerlegt wäre, keine einzige neue Erfahrung. Die Erfahrung spricht vielmehr sehr nachdrücklich gegen die Anhänger der Diäten. Die Letzteren behaupteten früher immer, bei Versagung der Diäten würde man nicht die gehörige Mitgliederzahl für den Reichstag zusammen bringen können, es werde in vielen Wahlkreisen an geeigneten Candidaten fehlen. Nun hat sich aber noch kein einziger

Wahlkreis beklagt, daß der Diätenmangel ihn hindere, einen Abgeordneten der vom Wahlkreis bevorzugten Richtung zu finden. Im Gegentheil, man könnte eine Liste von Männern aufstellen, aus allen Parteien, die herzlich gern im Reichstag wären, auf alle Eigenschaften zur Ausfüllung des Abgeordnetenmandats besitz, die aber wegen zu großer Concurrenz keinen Sitz erlangen können.

Die Gründe, welche von den Diätenanhängern vorgebracht wurden, waren aber nicht bloß nicht neu, sie waren auch unter einander unvereinbar. Der Abgeordnete Erhardt meinte, die Zusammensetzung des Reichstags werde durch die Aussicht auf Diäten nicht geändert werden; die Gewährung sei nur eine Forderung der Gerechtigkeit. Herr Hölder dagegen erklärte, bedeutende Kräfte würden durch die Diätenlosigkeit vom Reichstag ausgeschlossen. Ferner sagte er, das Gegengewicht des Bundesrathes gäbe die nöthige Sicherheit, auch wenn der Diätenmangel einen Zufluß radicaler Abgeordneter zum Reichstag herbeigeführt habe. Das ist doch eine unglückliche mechanische Anschauung vom Verfassungsleben, dessen Gesundheit wahrhaftig in anderen Dingen ruht, als in den sich aufhebenden Gewichten, welche die Richtung der Verfassungsorgane bestimmen. Nur wo reiche Kräfte, in sich selbst das richtige Maß tragend, ihre verschiedene Begabung der Verfassung spenden, kommt der Staat vorwärts. Abgeordneter Dernburg führte die Popularität der Diäten, oder vielmehr die Unpopularität ihres Mangels als Grund ihrer Einführung an. Ähnlich sprachen Bamberger und Bölk. Aber wozu in aller Welt sind denn die Parlamente da, wenn nicht dazu, die richtigen Gedanken in der Nation einzubürgern und die falschen auszutreiben?

Der Reichskanzler hatte darauf hingewiesen, daß diätenbegabte Versammlungen in der Regel weniger Scheu vor Verschleppung der Geschäfte haben, als diätenlose, und hatte als Beispiel Herren- und Abgeordnetenhaus des preussischen Landtags angeführt. Er wollte natürlich nicht sagen, daß die Versammlungen länger arbeiten, um den Genuß der Diäten zu verlängern, sondern nur, daß bei Diäten der im gewöhnlichen Laufe aller Geschäfte zu Tage kommenden Unschlüssigkeit und Unbeholfenheit leichter Raum gegeben wird. Das Beispiel der beiden Häuser des preussischen Landtags benutzte nun aber Herr Schulze-Delitzsch mit einer sehr wohlfeilen Sophistik, um zu behaupten, daß diätenbegabte Versammlungen zu diätenlosen sich verhalten werden, wie Abgeordnetenhaus zu Herrenhaus. Als ob die Diäten der einzige Unterschied zwischen diesen beiden Häusern wären.

Man sieht, geistiger Glanz ist auf das Verlangen nach Diäten in dieser Verhandlung nicht gefallen. Indes das Stimmenmehr hat für das Verlangen entschieden. Es bleibt nun abzuwarten, ob, wie einige Anhänger der Diäten in Aussicht stellten, jede Reichstagssession einen erneuten Antrag mit verstärkter Majorität bringen wird. Wir glauben das Gegentheil. Die Namen, welche die geistige Kraft des Liberalismus vertreten und gegen den Antrag gestimmt haben, stärken uns in dieser Hoffnung. Die Bundesgenossenschaft der Ultramontanen, Welsen, Polen und Socialisten ist dagegen ein Zeichen, daß die nationalgesinnten Abgeordneten, welche jetzt noch für Diäten sind, sehr wahrscheinlich einen Irrweg gehen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.